WB-FU-01-067

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 66 bis 85:

~~Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik bleiben.~~

~~Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.~~

~~Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.~~

Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen langfristig zu beheben. In der globalisierten Welt hilft es dabei wenig, wenn alle mit dem Finger auf die anderen zeigen. Fluchtursachenbekämpfung heißt deshalb für uns Grüne, nach der eigenen Verantwortung zu fragen.

Wir in Europa exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere und nehmen in Kauf, dass unser Export und Konsum andernorts zu Armut und Zukunftslosigkeit führen. Viel zu oft haben wir – ebenso wie die Regierungen und Konfliktparteien vor Ort – bei der Konfliktprävention und Friedensschaffung versagt. Die von den Industrieländern mitverursachte Klimakrise führt weltweit zu immer mehr Dürren, Stürmen und Ernteausfällen. All das erzeugt Flucht und Vertreibung, wird aber weder mit höheren Zäunen noch mit Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten zu lösen sein. Wir Grüne setzen uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben.

Konkret heißt das, dass wir die Diplomatie vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen zur Bearbeitung aktueller Krisen stärken, die zivile Krisenprävention massiv ausbauen und dabei Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtslage stoppen werden. Wir setzen uns innerhalb der EU, aber auch in den EU-Außenbeziehungen für den Schutz nationaler Minderheiten ein und stärken Nichtregierungsorganisationen. Um Armut und Zukunftslosigkeit zu bekämpfen, werden wir die negativen Folgen unseres Wirtschaftens für andere Weltregionen angehen. Das Versprechen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung zu investieren, werden wir bis 2021 erfüllen. Um einer rapiden Zunahme der Klimaflüchtlinge entgegen zu wirken, werden wir die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Außerdem werden wir Aufnahme- und Transitländer bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft aus humanitären Gründen unterstützen.

Unterstützer*innen

Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Matthias Strobel (Augsburg-Stadt KV); Karsten Finke (Bochum KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dennis Mateskovic (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hermann Josef Brem (München KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Marc Kersten (Köln KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Christian Vavra (Ostallgäu KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV)